

KANALABGABENORDNUNG

der Stadt-/Markt-/Gemeinde Kulm bei Weiz

Der Gemeinderat der Stadt-/Markt-/Gemeinde Kulm bei Weiz hat in seiner Sitzung vom 8. 7. 2010 gemäß § 7 Kanalabgabengesetz 1955, LGBl. Nr. 71, in der letzten Fassung LGBl. Nr. 81/2005 nachstehende Kanalabgabenordnung beschlossen:

§ 1

Abgabeberechtigung

Für die öffentliche Kanalanlage der Stadt-/Markt-/Gemeinde Kulm bei Weiz werden aufgrund der Ermächtigung des § 8 Abs. 5 Finanzverfassungsgesetzes 1948, BGBl. Nr. 45, und aufgrund des Kanalabgabengesetzes 1955 Kanalisationsbeiträge und Kanalbenützungsgebühren nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Verordnung erhoben.

§ 2

Kanalisationsbeitrag

Für die Entstehung des Abgabeananspruches, die Ermittlung der Bemessungsgrundlage, die Höhe der Abgabe, die Inanspruchnahme des Abgabepflichtigen sowie die Haftung und die Strafen gelten die Bestimmungen des Kanalabgabengesetzes 1955.

§ 3

Höhe des Einheitssatzes

(1) Die Höhe des Einheitssatzes gemäß § 4 Abs. 2 des Kanalabgabengesetzes 1955 für die Berechnung des Kanalisationsbeitrages beträgt 7,5 % der durchschnittlichen ortsüblichen Baukosten je Laufmeter der öffentlichen Kanalanlage, somit für Schmutzwasserkanäle € 11,95.

(2) Dieser Festsetzung liegen Gesamtbaukosten von € 478.045,44, vermindert um die aus Bundes- und Landesmitteln in Höhe von € 0 gewährten Beiträge und Zuschüsse, somit eine Baukostensumme von € 478.045,44 und eine Gesamtlänge des öffentlichen Kanals von 3000 m zugrunde.

(3) Für Hofflächen, das sind ganz- oder teilweise von Baulichkeiten umschlossene Grundflächen (in Quadratmetern), deren Entwässerung durch die Kanalanlage erfolgt, wird 0,5 des Einheitssatzes in Anrechnung gebracht.

(4) Für unbebaute Flächen (in Quadratmetern) mit künstlicher Entwässerung in die öffentliche Kanalanlage wird 0,1 des Einheitssatzes in Anrechnung gebracht.

§ 4

Kanalbenützungsgebühr

(1) Die jährliche Kanalbenützungsgebühr (§ 6 Kanalabgabengesetz 1955) ist für alle im Gemeindegebiet gelegenen Liegenschaften zu leisten, die an den öffentlichen Kanal angeschlossen sind.

Die Höhe der Benützungsgebühr bestimmt sich wie folgt:

1. Aus einer Bereitstellungsgebühr, die je Haushalt und Jahr € 131,82.- (brutto € 145.-) beträgt und
2. einer laufenden Gebühr, die sich aus den Einwohnergleichwerten je Haushalt ergibt, wobei je Einwohnergleichwert € 23,64.- (brutto € 26.-) verrechnet werden.

Für Objekte anderer Art (Gewerbebetriebe, usw.) wird der Bemessung folgender Schlüssel zugrunde gelegt:

Gasthöfe pro Sitzplatz und nach Beschäftigten, wobei ein Sitzplatz mit 0,30 EGW und ein Beschäftigter mit 0,25 EGW bewertet wird.

Feuerwehr 3 EGW

Fremdenbeherbergungsbetriebe nach Anzahl der Betten, wobei 1 Bett 0,5 EGW ist.

Öffentliche Gebäude nach Beschäftigten, wobei ein Beschäftigter 0,25 EGW beträgt.

Gewerbebetriebe: nach Beschäftigten, wobei ein Beschäftigter 0,25 EGW beträgt.

§ 5

Gebührenpflichtige, Entstehung der Gebührenschuld, Fälligkeit

(1) Zur Entrichtung der Kanalbenützungsgebühr ist der Eigentümer der an die öffentliche Kanalanlage angeschlossenen Liegenschaft, sofern dieser aber mit dem Bauwerkseigentümer nicht identisch ist, der Eigentümer der an die öffentliche Kanalanlage angeschlossenen Baulichkeit verpflichtet.

(2) Die Gebührenschuld für die Kanalbenützung entsteht mit dem Ersten des Monats, in dem die Liegenschaft an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen wird.

(3) Die jährliche Kanalbenützungsgebühr ist in vier Teilbeträgen und zwar jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig.

(4) Änderungen bei der Anzahl der Einwohnergleichwerte werden im darauffolgenden Quartal berücksichtigt.

§ 6

Umsatzsteuer

Allen vorgenannten Beiträgen und Gebühren ist die gesetzliche Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

§ 7

Veränderungsanzeige

Treten nach Zustellung des Abgabenbescheides derartige Veränderungen ein, dass die demselben zugrundegelegenen Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, so hat der Abgabepflichtige diese Veränderungen binnen 4 Wochen nach ihrem Eintritt oder Bekanntwerden der Gemeinde schriftlich anzuzeigen.

§ 8

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Monatsersten in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Kanalabgabenordnung der Stadt-/Markt-/Gemeinde Kulm bei Weiz einschließlich der inzwischen durchgeführten Änderungen außer Kraft.

Für den Gemeinderat:

Die Bürgermeisterin:

Rohrbach, am 8. 7. 2010

Angeschlagen am:

Abgenommen am: